

Offener Brief

An Herrn Van Rompuy (Präsident des Europäischen Rats)

und Frau Catherine Ashton (Hohe Vertreterin der EU für Außen- und Sicherheitspolitik und Vizepräsidentin der Europäischen Kommission)

An die Vertreter der Fraktionen der Sozialisten und Demokraten (S&D) und der Vereinigten Europäischen Linken (GUE/NGL) im Europäischen Parlament

Von Tunis bis Kairo wollen die Völker mit den korrupten und blutbefleckten Regimes von Ben Ali und Mubarak Schluss machen. Mit ihrer Ablehnung wenden sich die Arbeiter und Völker von Tunesien und Ägypten gegen die Politik, die von den multinationalen Konzernen, dem IWF und der Europäischen Union über ihre Assoziationsabkommen diktiert wird. (Dazu gehört das Assoziationsabkommen der EU mit Tunesien, das das Land 2011 zu einer großen „Freihandelszone“ machen sollte, ausgeliefert der Plünderung durch die Multis.)

Getreu den internationalistischen und demokratischen Traditionen der Arbeiterbewegung sagen wir: „Es ist Sache der Völker in Tunesien und Ägypten, und allein ihre Sache, über ihre Zukunft zu entscheiden!“

Deshalb sind wir empört über die Erklärungen und Stellungnahmen der europäischen Institutionen in den letzten Tagen.

Am 5. Februar hat die Europäische Union bekannt gegeben, dass sie „einen Hilfsplan für Tunesien und Ägypten“ erstellt hat.

Am 9. Februar hat Catherine Ashton, die »Hohe Vertreterin der EU für Außen- und Sicherheitspolitik«, Mitglied der britischen Labour Party, angekündigt, dass dieser Plan bei „der Wiederherstellung des Rechtsstaates und der Stärkung der Institutionen helfen soll“. Das sind, wie gesagt, die Institutionen der Diktatur und die tunesischen Arbeiter verlangen deren Auflösung ...

Am 31. Januar 2011 hat das Europäische „Parlament“ eine Resolution verabschiedet, die gemeinsam von den Vertretern der Fraktionen EVP (Rechte), ALDE (Liberale und Demokraten), GRÜNE/EFA, ECR (Konservative), S&D (Sozialisten und Demokraten) und GUE/NGL (Vereinigte Europäische Linke) eingebracht wurde.

In dieser Resolution wird besonders hervorgehoben, dass das Europäische „Parlament“ „in der Erwägung, dass Tunesien und die EU derzeit den Aktionsplan für den Zeitraum 2011 - 2016 ausarbeiten, in der Erwägung, dass dieser Prozess verstärkter Anstrengungen beider Partner in allen Bereichen bedarf, (...) den Rat, die Kommission und die Hohe Vertreterin der EU auffordert, sich daher darauf vorzubereiten, die Mittel der diversen Instrumente zur Finanzierung der Zusammenarbeit zwischen der EU und Tunesien neu auszurichten und erforderlichenfalls aufzustocken (...); (es) fordert die HV/VP (Hohe Vertreterin/Vizepräsidentin) auf, den bevorstehenden Wahlprozess durch die Entsendung einer Wahlbeobachtungsmission nach Tunesien zu unterstützen (...); (es) fordert die Kommission auf, die Unterstützung und die Hilfe, die die europäische Bürgergesellschaft der tunesischen Bürgergesellschaft, und insbesondere den Menschenrechtsorganisationen und den Sozialpartnern, leisten kann, – auch finanziell – zu fördern.“

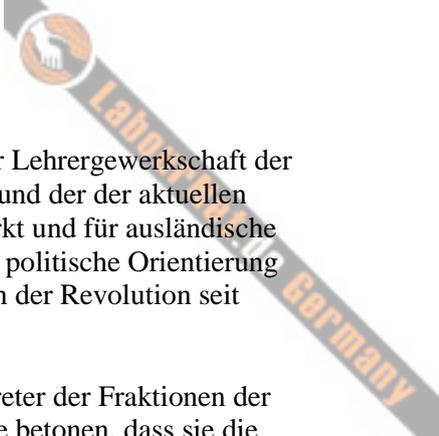
Das Assoziationsabkommen mit der EU verlängern und stärken, das den Weg für die Überausbeutung durch die Multis gebahnt hat, die „Sozialpartner“ finanzieren, die „Wahlen“ überwachen...

Mit welchem Recht fordert Ihr als Abgeordnete der Fraktionen EVP, ALDE, GRÜNE/EFA, ECR, „Sozialisten und Demokraten“ und GUE/NGL von der Europäischen Kommission, sich in die Angelegenheiten des tunesischen Volkes einzumischen?

Welches Recht erlaubt es, an Stelle des tunesischen Volkes zu entscheiden, an Stelle der Repräsentanten, die es selbst wählen wird; welches Recht erlaubt es, seine Wahlen zu „überwachen“, das Assoziationsabkommen Tunesien-Europäische Union zu verlängern?

Alle Völker wissen, wie das tunesische und das ägyptische Volk, dass die europäischen Institutionen, ebenso wie der IWF und die Regierungen der großen kapitalistischen Mächte von Europa und der USA die blutbefleckten Diktaturen von Ben Ali und Mubarak unterstützt haben.

Bereits 2010 wurde in einer Erklärung Brüssel-Tunis darauf hingewiesen: „Die EU begleitet Tunesien bei seiner Politik der Strukturreformen, mit der seine Integration in die Weltwirtschaft erleichtert werden soll, bei der Modernisierung seiner Politik und seiner Handelsbestimmungen.“ Frau Ashton hat übrigens vor der Abreise nach Tunis eine Priorität für die EU-Delegation besonders betont: „Die europäischen Unternehmen müssen ermutigt werden, in Tunesien zu bleiben und weiter zu investieren.“



Kommt es unter diesem Druck nicht zu einer Situation, wie sie ein Verantwortlicher der Lehrgewerkschaft der UGTT denunziert hat: „Es gibt keinen Bruch zwischen der Wirtschaftspolitik Ben Alis und der der aktuellen Regierung Ghannouchi: an der allgemeinen Orientierung auf die Öffnung zum Weltmarkt und für ausländische Investitionen sowie der Privatisierung des öffentlichen Sektors wird festgehalten. Diese politische Orientierung steht natürlich im völligen Gegensatz zu den Hauptachsen der Revolution. Denn die von der Revolution seit Dezember 2010 erhobenen Forderungen waren zuerst soziale Forderungen.“

Wir wenden uns an Sie, Herr Van Rompuy und Frau Catherine Ashton, an Sie die Vertreter der Fraktionen der Sozialisten und Demokraten und der Vereinigten Europäischen Linken (GUE/NGL), die betonen, dass sie die ArbeitnehmerInnen im Europäischen Parlament vertreten: wir möchten von Ihnen empfangen werden, um Ihnen Folgendes mitzuteilen:

- Die Arbeitnehmer Europas lehnen es ab, dass sie den Völkern in Tunesien und Ägypten Ihre Zukunft diktieren, denn die Arbeitnehmer Europas erleiden jeden Tag ihre Politik der „**Haushaltskonsolidierung**“ im Namen des Schuldenabbaus; Ihrer Politik der **Sparprogramme** und Privatisierungen, ihrer Politik, die die Demokratie und die sozialen Errungenschaften in Frage stellt.
- Wir sprechen den europäischen Institutionen, die diese blutbefleckten Regime unterstützt haben, das Recht ab, die Demokratie und die nationale Souveränität mit Füßen zu treten und sich in die Angelegenheiten des tunesischen und ägyptischen Volkes einzumischen.

Keine Einmischung!

**Raus mit den „Experten“ der europäischen Institutionen aus Tunesien und Ägypten!
Es ist Sache der Völker in Tunesien und Ägypten,
und allein ihre Sache, frei über ihre Zukunft zu entscheiden!“**

ErstunterzeichnerInnen

Belgien: Philippe LARSIMONT, Bewegung für die Verteidigung der Arbeitnehmer; **Dänemark:** Per SÖRENSEN, Gewerkschaft der Bauarbeiter (BJWF) von Kopenhagen; **Deutschland:** H.-W. SCHUSTER, SPD, AfA, ver.di; Carla Boulboulé, Redaktion „Soziale Politik & Demokratie“; **Frankreich:** Daniel GLUCKSTEIN, POI ; Christel KEISER, POI, Jean-Charles MARQUSET, POI; **Griechenland:** Ilias PAPACHATZIS, Lehrgewerkschaft, OLME ; **Portugal:** Aires RODRIGUES, ehem. Abgeordneter der Verfassungsgebenden Versammlung während der portugiesischen Revolution, POUS – Arbeiterpartei der Sozialistischen Einheit; **Schweiz:** Michel GINDRAT, Lehrgewerkschaft, Mitglied der Sozialdemokratischen Partei, Neuchâtel; Ali KORKMAZ, Industriegewerkschaft, Lehrgewerkschaft, Vaud; **Spanien:** Blas ORTEGA, Gewerkschaft Öffentlicher Dienst, UGT Valencia; **Slowakei:** Jela JURICKOVA, *Bulletin EIT*; **Tschechien:** Petr ROHEL, Klub der Linken von Ostrava (LKO) ; **Türkei:** Sadi OZANSÜ, Vorsitzender der Partei der Arbeitersolidarität. **Ungarn:** Judit SOMI, Herausgeberin des Bulletins *Munkas Hirlap* .

Ich unterstütze diesen Offenen Brief:

Name, Vorname _____

Adresse (auch E-Mail/Fax): _____

Funktion (Partei/Gewerkschaft) _____

Zuschriften an „Komitee für eine Europäische Arbeitnehmerverbinding“

c/o: Carla Boulboulé, E-Mail: carla.boulboulle@t-online.de; FAX: 030 – 3131662

Die Initiativen des *Komitees für eine Europäische Arbeitnehmerverbinding* (K-EAV) werden in Deutschland von der Redaktion *Soziale Politik & Demokratie* unterstützt, die auch die Verantwortung für die Veröffentlichung des K-EAV-Rundbriefes übernommen hat.